# Entfremdung, Konfrontation, Versöhnung –

**Die deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (1916-1991)**

**von Matthias Stickler**

Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert1 erscheint bisweilen als gleichsam schwieriges Gelände, das das immer wieder von tagespolitischen Problemen überlagert bzw. beeinflusst wird. Mein Vortrag wird sich allerdings nicht mit aktuellen Prob- lemen der deutsch-polnischen Politik beschäftigen, sondern einen Einblick geben in die wech- selvollen Beziehungen beider Länder im 20. Jahrhundert2, die, anders als im 18. Und noch im frühen 19. Jahrhundert auf weite Strecken von Misstrauen und Feindschaft gekennzeichnet waren, die ihren Kulminationspunkt mit der deutschen Besetzung Polens in den Jahren 1939 bis 1944 erreichte.

## Politisches Kalkül und Misstrauen – Polens Wiedergeburt im Ersten Welt- krieg (1916-1918)

Als Polen am 5. November 1916 als vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn abhängiges Regenschaftskönigreich wiedergegründet wurde, endeten damit für das polnische Volk bzw., genauer gesagt, die Völker des historischen polnisch-litauischen Doppelkönigreiches, 121 Jahre weitgehend staatenloser Existenz. Bekanntlich war Polen, das als multinationale Adels- republik mit gekröntem König im 18. Jahrhundert nur noch ein Schatten des einstmals mäch- tigen Großreichs des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit war, zwischen 1772 und 1795 dreimal geteilt worden. Seine staatliche Existenz war dem Expansionsstreben v.a. Russlands, das den größten Teil der polnischen Beute gewann, aber auch Österreichs und Preußens zum Opfer gefallen. Zuvor indes hatte der polnische Reichstag sich nochmals zu einer bahnbre- chenden, und zumal in Deutschland viel zu wenig beachteten, Reformleistung aufgerafft, in- dem er am 3. Mai 1791 die erste Repräsentativverfassung Europas erlassen hatte3, welche die Adelsrepublik in einen modernen Staat mit Erbmonarchie, einem reformierten Reichstag und einem diesem verantwortlichen Ministerium umwandeln sollte. Diese Verfassung trat also noch vor der des Königreichs Frankreich (14. September 1791) in Kraft und war für diese in vielen Punkten ein Vorbild, ein Umstand auf den viele Polen heute mit Stolz verweisen. Die Wiederherstellung Polens auf dem Wiener Kongress 1814/15 gelang nur unvollkommen. Zwar wurde ein erheblich verkleinertes und mit Russland in Realunion verbundenes König- reich Polen („Kongresspolen“) mit eigener monarchisch-konstitutioneller Verfassung und Regierung geschaffen, doch wurde dessen Autonomie nach der Revolution von 1830/31 auf- gehoben, nach dem zweiten polnischen Aufstand von 1863/64 verschwand Polen dann end-

gültig von der Landkarte. Restbestände polnischer Staatlichkeit gab es noch in Gestalt der Freien Stadt Krakau (1815 bis 1846) und im zu Preußen gehörenden sogenannten Großher- zogtum Posen (1815 bis 1830 bzw. 1848) sowie bis zum Ende der Donaumonarchie im habs- burgischen Königreich Galizien und Lodomerien. Letzteres bildete ab der zweiten Jahrhun- derthälfte den letzten Rest polnischer Staatlichkeit; unter den Bedingungen des Vielvölker- staats der Habsburger konnte sich die polnische Kultur und im Rahmen des in Lemberg ange- siedelten Landtags auch ein gewisses politisches Leben relativ frei entfalten. Allerdings zeichneten sich schon damals Auseinandersetzungen zwischen den polnischen adeligen Eliten bzw. der polnischen Mehrheitsbevölkerung im Westen und der überwiegend bäuerlichen ru- thenischen (d.h. ukrainischen) Bevölkerung im Osten des Kronlandes sowie beider Gruppen mit den galizischen Juden ab. Der sogenannte polnische Freiheitskampf war bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ein Werk der nationalpolnischen, meist adeligen Eliten, Elemente eines

„Volksaufstandes“ finden wir erstmals 1863/64. Dies hängt zusammen mit der Genese der polnischen Nation, die bis ins 19. Jahrhundert hinein eine Adelsnation war, d.h. Träger der ursprünglichen Souveränität bzw. ab 1795 der polnischen Staatstradition und des nationalen Erbes war der Adel, welcher allerdings prozentual einen höheren Bevölkerungsanteil aus- machte als in den Staaten Mittel- und Westeuropas. Unter dem Einfluss der Romantik und der Philosophie Johann Gottfried von Herders (1744-1803)4 setzte sich in Polen dann, ähnlich wie in Deutschland, ein modernes Nationsverständnis durch. Festgehalten werden muss in diesem Zusammenhang noch, dass im frühen 19. Jahrhundert sich die deutsche und die polnische Nationalbewegung als Verbündete betrachteten5. Der Antagonismus entwickelte sich erst, als mit den fortschreitenden Nations- und Staatsbildungsprozessen miteinander unvereinbare Konzepte der räumlichen Ausdehnung des jeweils eigenen Nationalstaats in den Vordergrund traten. Dies ist bereits 1848/49 bei den Diskussionen in der Frankfurter Paulskirche um die Frage der Einbeziehung der Provinz Posen in den zu schaffenden deutschen Nationalstaat festzustellen.

Doch damit zurück zu unserem engeren Thema: Die Wiedergründung eines polnischen Staa- tes mitten im Ersten Weltkrieg war das Ergebnis zäher Verhandlungen innerhalb wie auch zwischen den beteiligten Staaten.6 Politisch versprachen sich die Mittelmächte von einer Un- terstützung der polnischen Nationalbewegung die Schwächung des Kriegsgegners Russland und die Gewinnung der Sympathie der öffentlichen Meinung zumal in Frankreich und den USA, wo große exilpolnische Gemeinden mit umfangreicher Lobbytätigkeit lebten. Proble- matisch war dieses Vorgehen v.a. deshalb, weil die Gründung eines polnischen Teilstaates – etwas anderes war das Königreich Polen des Jahres 1916 trotz des Namens ja nicht – weiter-

gehende Ambitionen der polnischen Nationalbewegung wecken musste. Gefährdet war in diesem Zusammenhang insbesondere der österreichische Anspruch auf Galizien und der des Deutschen Reiches auf die Provinz Posen, doch gingen die Vorstellungen vieler polnischer Nationalisten noch über diese Ansprüche hinaus, die bereits damals, jenseits der Grenzen von 1772, die Annexion möglichst großer Teile Schlesiens und Ostpreußens anstrebten.7 Es nimmt deshalb nicht wunder, dass das Königreich Polen bis 1918 nicht wirklich zum Kristal- lisationspunkt des polnischen Nationalismus wurde; am 15. August 1917 war zudem in Lausanne ein eigenes „Polnisches Nationalkomitee“ mit Sitz in Paris gegründet worden. Nach dem Sturz von Zar Nikolaus II. am 2. März 1917 und erst recht nach der Russischen Oktober- revolution mussten die Westalliierten keine Rücksicht mehr auf die Interessen ihres bisheri- gen Verbündeten nehmen und nahmen sich deshalb selbst der polnischen Frage an. Die Stun- de der polnischen Nationalbewegung schlug mit der Kapitulation der Mittelmächte Anfang November 1918. In Warschau übergab der von diesen eingesetzte Regentschaftsrat die Staatsgewalt an den General Józef Piłsudski, der am 14. November 1918 die erste Regierung des neuen polnischen Staates bildete. Piłsudski (1867-1935)8 stammte aus einer ursprünglich litauisch-polnischen Adelsfamilie und wurde in der Gegend von Wilna geboren. Bereits früh arbeitete er in Russland für die Unabhängigkeit Polens, seine politische Heimat war hierbei ursprünglich die von ihm 1893 mitgegründete Polnische Sozialistische Partei (PPS). 1902 musste Piłsudski nach Galizien fliehen. Ab 1914 kämpfte er – eigentlich ein militärischer Au- todidakt, aber mit bemerkenswerten Fähigkeiten – auf der Seite der Mittelmächte als Kom- mandant sogenannter Schützenverbände. Ursprünglich Mitglied des Regentschaftsrates, überwarf er sich mit der deutschen Besatzungsmacht und saß von 1917 bis zum Zusammen- bruch in deutscher Haft. Nach seiner Ernennung zum „vorläufigen Staatschef“ (*tymczasowy naczelnik państwa*), die vom im Januar 1919 gewählten polnischen Parlament am 20. Februar 1919 bestätigt wurde, regierte Piłsudski Polen gleichsam diktatorisch. Er strebte die Wieder- herstellung des polnisch-litauischen Doppelreiches in Gestalt einer Föderation der mittelost- europäischen Staaten unter polnischer Führung an. Dieses Vorhaben scheiterte zwar, doch gelang es ihm durch eine Reihe erfolgreicher Kriege, die polnischen Grenzen weit über die Grenzen des polnischen Sprachgebiets hinauszuschieben. 1923 zog Piłsudski sich aus allen Ämtern zurück, führte allerdings 1926 einen Militärputsch herbei. Seither bekleidete er wech- selnde Ämter und lenkte Polen als starker Mann quasi aus der zweiten Reihe heraus. 1935 ersetzte er kurz vor seinem Tode die bereits seit 1926 nur noch als Fassade aufrechterhaltene liberale Verfassung von 1921 durch eine neue, autoritäre Verfassung.

1. ***Von der Entfremdung zur Feindschaft: Die Zwischenkriegszeit (1919-1939)*** Die sogenannte zweite polnische Republik der Zwischenkriegszeit9 war wegen der Schwie- rigkeiten des Staatsbildungsprozesses und der Zersplitterung der politischen Lager innenpoli- tisch ein instabiler Staat. Als Ergebnis der Eroberungspolitik Piłsudskis waren dort (nach offi- ziellen Angaben) zwar knapp 70% der Einwohner Angehörige der polnischen Staatsnation, doch siedelten die Minderheiten (Litauer, Weißrussen, Deutsche und Ukrainer) relativ ge- schlossen im Westen und Osten des Landes; diese lehnten den polnischen Staat überwiegend

ab und strebten nach einer Revision der Grenzen zugunsten ihrer Mutterländer. Zu den natio- nalen Minderheiten im engeren Sinne kamen noch die polnischen Juden, die zwischen 2,1 und 3,1 Millionen Menschen und damit mehr als 8% der Bevölkerung umfassten.10 Polen betrieb gegenüber den Minderheiten von Anfang an eine Diskriminierungspolitik; so sank etwa die Anzahl der deutschen Schulen in Polen von 564 im Jahr 1919 auf 83 im Jahr 1939.11 Die offi- zielle Staatsdoktrin der polnischen Eliten verband als Ergebnis eines Kompromisses divergie- render Konzeptionen Elemente der sogenannten jagiellonischen12 mit der piastischen13 Reichsidee14, d.h. man knüpfte ideell, aber auch im Hinblick auf die erstrebten territorialen Grenzen, an die Tradition des polnisch-litauischen Doppelkönigreiches der frühen Neuzeit an, interpretierte dieses Vielvölkerreich allerdings „piastisch“ als vorweggenommen integralen polnischen Nationalstaat, den es nun neu, und das hieß gegen die Minderheiten, zu schaffen bzw. zu vollenden gelte. Dies führte nicht nur zu einem Dauerkonflikt mit den Minderheiten, sondern belastete auch das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarstaaten nachhaltig.15

Das Verhältnis des neuen polnischen Staates zu Deutschland16 war v.a. aus zwei Gründen problematisch: Erstens hatte Polen als Ergebnis des Versailler Vertrages in erheblichem Um- fang deutsches Staatsgebiet erhalten. Besonders die auf Druck Polens erfolgte Abtrennung Danzigs von Deutschland und die Oberschlesien-Frage vergifteten nachhaltig das wechselsei- tige Verhältnis. Nachdem Polen vom Ergebnis der durchgeführten Volksabstimmungen im südlichen Ostpreußen und östlichen Westpreußen enttäuscht worden war – dort hatten mehr als 90% für Deutschland gestimmt – wollte man in Oberschlesien17 kein Risiko mehr einge- hen. Hier war die Lage insofern kompliziert, als Deutsche und Polen im Osten der Provinz stark gemischt lebten und zudem sprachlich-ethnische Zugehörigkeit und subjektives Na- tionsempfinden nicht unbedingt deckungsgleich waren. Der Riss ging teilweise mitten durch Familien hindurch. In insgesamt drei sogenannten Aufständen versuchten polnische Aktivis- ten in Oberschlesien mit Unterstützung der polnischen Regierung Fakten zu schaffen. Die deutsche Bevölkerung reagierte hierauf mit militärischem Selbstschutz und der Aufstellung von Freikorps. Am 22./24. Mai 1921 erlitten die polnischen Aufständischen am Annaberg bei

Groß Strehlitz eine vernichtende Niederlage. Der Annaberg wurde dadurch bis in die jüngste Zeit zum Symbol des deutsch-polnischen Antagonismus: Aus deutscher bzw. deutsch- schlesischer Sicht als Erinnerung an den Abwehrkampf gegen die polnischen Eindringlinge, aus polnischer Sicht die Erinnerung an eine als schmachvoll empfundene, unbedingt zu revi- dierende Niederlage. Verschärft wurde der Konflikt noch dadurch, dass trotz der für Deutsch- land günstig ausgegangenen Volksabstimmung am 20. März 192118 Oberschlesien geteilt wurde: Polen erhielt etwa ein Drittel des Landes und zwar die meisten, wirtschaftlich wertvol- len, Bergbau- und Industriestädte mit ihrem Hinterland. Die Weimarer Republik erkannte die Gebietsabtretungen an Polen zwar notgedrungen an, es herrschte unter allen politischen La- gern allerdings der unverbrüchliche Konsens, so bald als möglich deren Revision zu betrei- ben. Es kam deshalb auch nie zu einem die Ostgrenzen des Deutschen Reiches definitiv fest- legenden Vertrag nach dem Vorbild der Locarnopolitik mit Frankreich. Reichsaußenminister Gustav Stresemann war lediglich zu Gewaltverzichtsabkommen bereit, nicht aber zu einem dauerhaften Verzicht auf die an Polen verlorenen Gebiete. Deswegen unterstützten alle Reichsregierungen auch die in Polen verbliebene deutsche Minderheit19 finanziell und ideell, die wiederum deshalb von Warschau als „fünfte Kolonne“ Deutschlands angesehen wurde. Nach der Machtergreifung Hitlers führte dies zu einer verstärkten Hinorientierung der Polen- Deutschen auf den Nationalsozialismus, von dem man die „Befreiung“ von der polnischen Herrschaft erhoffte. Der zweite Grund für den deutsch-polnischen Antagonismus der Zwi- schenkriegszeit war die Tatsache, dass Polen für Frankreich den wichtigsten Pfeiler seines gegen Deutschland gerichteten Bündnissystems in Mittelosteuropa („Cordon sanitaire“) bilde- te; seit 1921 war Polen mit Paris durch ein förmliches Bündnis verbunden. Das Deutsche Reich reagierte auf diese Blockbildung mit der Intensivierung seiner Beziehungen zu Sowjet- russland bzw. zur Sowjetunion (1922: Vertrag von Rapallo, 1926: Berliner Vertrag), was Moskau aus der internationalen Isolierung herausführte und Berlin u.a. die Möglichkeit eröff- nete, die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen.

Für Polen bedeutete die deutsch-russische Zusammenarbeit eine latente Bedrohung, hatte ne- ben Deutschland doch auch die Sowjetunion territoriale Ansprüche gegenüber Polen.20 Er- schwert wurde die Lage Polens noch dadurch, dass in Frankreich seit 1932 eine Volksfrontre- gierung aus Kommunisten und Sozialdemokraten amtierte. Aus polnischer Sicht bedeutete dies die Gefahr, dass Frankreich sich zum Anwalt sowjetischer Territorialansprüche gegen- über Polen machte. Die Warschauer Regierung suchte deshalb die Annäherung an ihre unmit- telbaren Nachbarn. Die Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion21 (1932) und Deutschland (1934) waren die direkte Konsequenz dieses aus der Verunsicherung resultierenden Kalküls,

das durch die weitere machtpolitische Aufwertung der Sowjetunion in den 30er Jahren und die schwächliche Haltung des Westens gegenüber der Revisionspolitik Hitlers noch verstärkt wurde. Diese sparte Polen zunächst aus, machte sich den Nachbarn sogar zum zeitweiligen Verbündeten der NS-Politik, indem Polen im Gefolge der Zerschlagung der Tschechoslowa- kei 1938 das sogenannte Olsa-Gebiet zugesprochen bekam.22 Nach der Unabhängigkeitserklä- rung der Slowakei erhielt Polen auch von diesem Staat einige Gebietsstreifen in den Karpaten. Bereits im März 1938 hatte Polen von Litauen ultimativ die Anerkennung der gemeinsamen Grenzen und damit den Verzicht auf Wilna gefordert; ein Jahr später musste Litauen dann das 1923 eroberte Memelland an das Deutsche Reich abtreten. Nach der Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren im März 1939 erwies sich jedoch schnell, dass Hitler an den polnischen Grenzen nicht haltmachen würde. Die Forderung nach dem Anschluss Danzigs und einer exterritorialen Verbindung zwischen dem westlichen Reichsgebiet und Ostpreußen zeigte, wohin die Reise ging. Polen erhielt, was bemerkenswert genug war, vor dem Hintergrund der Prager Ereignisse formelle Garantien von Frankreich und England. Oberst Józef Beck (1894-1944), Außenminister (1932-1939) und seit 1935 der neue starke Mann Polens überschätzte vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten seines Landes. Er gab seinerseits Ende März 1939 eine Garantieerklärung Polens für die Integrität Großbritanniens im Falle eines deutschen Angriffs ab und lieferte damit Hitler den Vorwand, die polnische Politik als Versuch der Einkreisung Deutschlands zu verurteilen. Mit dem in der Weltöffent- lichkeit als Sensation aufgenommenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. Au- gust 1939 wurde für Berlin das letzte Hindernis für eine Aggression gegen Polen beiseite ge- räumt. Stalin hatte zuvor auch mit den Westmächten verhandelt, diese waren aber nicht bereit gewesen, seine immensen Territorialforderungen, darunter Ostpolen, zu akzeptieren. Hitler gestand dem sowjetischen Diktator nahezu alles zu. In einem geheimen Zusatzprotokoll wur- de u.a. die Teilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbart.

## Besatzungsherrschaft und Völkermord: Der Zweite Weltkrieg (1939-1945)

Am 1. September 1939 erfolgte schließlich der deutsche Einmarsch nach Polen, die Sowjet- union folgte am 16. und 17. September. Die sowjetische Seite befand sich trotz der Rück- sichtslosigkeit ihres Vorgehens hierbei insofern in einer moralisch günstigeren Situation, als die ihr zugesprochenen Gebiete überwiegend von den bisher von Polen diskriminierten Ukra- inern und Weißrussen besiedelt waren, die Aggression gegen Polen insofern mit dem Selbst- bestimmungsrecht der Völker bemäntelt werden konnte. Die in Ostpolen lebenden Deutschen wurden 1940 als Folge eines deutsch-sowjetischen Vertrages nach Westen umgesiedelt, die polnische Bevölkerung (ca. 5 Millionen Menschen) teilweise nach Osten deportiert23 oder

umgebracht, Symbol für diese Politik wurde das Massaker von Katyn (1940).24 Die polnische Armee war dem Zweifrontenkrieg in keiner Weise gewachsen, doch auch gegen nur einen Gegner hätte sie keine Chance gehabt, wie der rasche deutsche Vormarsch im Westen zeigt. Die deutsche Aggression führte in Westpolen teilweise zu Ausschreitungen gegenüber den dort lebenden Deutschen25, die von der deutschen Besatzungsmacht nur zu gern als Vorwand für sogenannte „Vergeltungsmaßnahmen“, d.h. gezielten Terror gegen die polnische Bevölke- rung, benutzt wurde. Die eroberten Gebiete wurden teilweise direkt ins Deutsche Reich ein- gegliedert, wobei man über die Grenzen von 1914 weit hinausgriff, der Rest Polens wurde als

„Generalgouvernement“ deutscher Verwaltung unterstellt (8. Juli 1940).26 Der Krieg gegen Polen war von deutscher Seite aus kein „gewöhnlicher“ Krieg, sondern ein weltanschaulich und rassistisch motivierter Vernichtungskrieg. Hitlers Politik einer Revision des Versailler Vertrags stellte ja nur die Vorstufe zu seinem eigentlichen Ziel, nämlich der Gewinnung von

„Lebensraum“ im Osten für die „arische Rasse“, dar. Das zweite Hauptziel Hitlers war be- kanntlich die Vernichtung des europäischen Judentums27, welches mit der Lebensraumpolitik insofern zusammenhängt, als ursprünglich eine Umsiedlung der mitteleuropäischen Juden in zu erobernde Gebiete in Osteuropa als Vorstufe zu ihrer physischen Vernichtung vorgesehen war. Die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa waren nur Schachfiguren für diese Le- bensraumpolitik. Langfristig planten die Nationalsozialisten, wie aus dem 1941 im Reichssi- cherheitshauptamt entstandenen sogenannten „Generalplan Ost“28 hervorgeht, für die nächs- ten Jahrzehnte eine großangelegte Verschiebung der deutschen Volkstumsgrenze nach Osten. Zu diesem Zweck sollte die vorhandene slawische Bevölkerung Ostmitteleuropas, d.h. insbe- sondere die Polen und Tschechen, teilweise auch Weißrussen und Ukrainer, sofern nicht „ein- deutschungsfähig“, in den Osten, d.h. ins Innere Russlands deportiert werden, wo sie als

„Sklavenvölker“ Dienst leisten sollten. Konkret verfolgten die Nationalsozialisten in Polen das Ziel, alle bisherigen polnischen Kulturleistungen zu zerstören, die polnische Intelligenz zu eliminieren und große Teile des Landes einzudeutschen. Der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen fielen schätzungsweise 6 Millionen Menschen, darunter ca. 3 Millionen Juden, zum Opfer.29

Die polnische Regierung hatte unter dem Eindruck des deutschen Vormarschs Polen verlas- sen. Am 30. September 1939 wurde in London eine Exilregierung unter Władysław Raczkie- wicz (1885-1947) als Staatspräsident und Władysław Sikorski (1881-1943) als Ministerpräsi- dent gebildet. Die Westalliierten erkannten diese an und unterstützten den Aufbau einer Exilarmee.30 In Polen selbst organisierte sich unter großen Schwierigkeiten der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht, darunter eine eigene Untergrundarmee, die sogenannte

Heimatarmee. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion bzw. die daraus resultierende Auf- wertung der zweiten Teilungsmacht als Mitglied der Anti-Hitler-Koalition erschwerte die Stellung der Exilregierung insofern, als Stalin nicht bereit war, die Beute von 1939 wieder herauszugeben. Die Entdeckung der Massengräber von Katyn im Jahr 1943 vergiftete zusätz- lich das Klima zwischen Polen und der Sowjetunion. Als Sikorski die Untersuchung der Grä- ber durch das Internationale Rote Kreuz verlangte, nahm Stalin dies zum Vorwand, die Be- ziehungen zur Exilregierung abzubrechen. Nachdem die Rote Armee im Juli 1944 die deutsch-polnische Demarkationslinie von 1939 überschritten hatte, wurde das sowjetfreundli- che und überwiegend von Vertretern der Linksparteien getragene sogenannte Lubliner Komi- tee gegründet, das faktisch eine von Moskau abhängige Gegenregierung zur Londoner Exilre- gierung darstellte. Dieses zeigte sich auch bereit, die Abtrennung der ostpolnischen Gebiete im Tausch gegen deutsche Gebiete im Westen anzuerkennen. Das Lubliner Komitee gewann in der Folgezeit immer mehr die Oberhand, zum einen, weil die Sowjetunion ein unverzicht- barer Bündnispartner für die Westmächte war, zum andern, weil das Komitee im Lande war und so mit Hilfe Moskaus Fakten schaffen konnte. Geschwächt wurde das antikommunisti- sche Lager in Polen nicht zuletzt auch deshalb, weil Moskau die Niederschlagung des War- schauer Aufstands (August 1944)31 durch die deutschen Besatzungstruppen tatenlos hinnahm in der sicheren Erwartung, diese würden das Geschäft der Vernichtung der nationalpolnischen Opposition schon besorgen. Am 1. Januar 1945 erklärte sich das Lubliner Komitee schließlich zur provisorischen polnischen Regierung, womit das Fundament für die Sowjetisierung Po- lens gelegt war.

## Westverschiebung, Vertreibung und Sowjetisierung (1945-1948)

Die sogenannte Westverschiebung Polens, also dessen Entschädigung mit deutschem Land für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, war erstmals auf der Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) diskutiert worden und wurde durch die Konferenzen von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) bestätigt und konkretisiert. Als zukünftige deutsch-polnische Grenze wurde, auch wenn dies nicht in völ- kerrechtlich verbindlicher Form geschah, die Oder-Neiße-Linie festgelegt. Dies machte um- fangreiche Umsiedlungsmaßnahmen von bisher nicht gekannten Ausmaßen notwendig (ca. 10 Millionen Deutsche hatten 1939 in den deutschen Ostgebieten gelebt32, ca. 5 bis 6 Millionen hielten sich dort im Sommer 1945 noch auf).33 Erste Maßnahmen zur Entrechtung und teil- weisen Internierung der deutschen Bevölkerung hatten bereits mit der Errichtung einer polni- schen Verwaltung in den eroberten Gebieten begonnen.34 Die Potsdamer Konferenz sanktio- nierte lediglich die bereits laufenden Vertreibungsmaßnahmen und legte gewisse humanitäre

Mindeststandards für die Zwangsaussiedlung fest. Auf diese Weise wurden auch für die damit verbundenen Grenzfragen Fakten geschaffen. Die Gründe für diesen erzwungenen Exodus, der die größte Katastrophe der deutschen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg darstellt, nicht zuletzt deswegen, weil mehrheitlich Gebiete verloren gingen, die seit Jahrhunderten geschlossener deutscher Siedlungs- und Kulturraum gewesen waren, waren mannigfaltig: Neben dem Entschädigungsgedanken zugunsten Polens war es v.a. der Wunsch der Sieger nach Ausschaltung Deutschlands als Großmacht durch territoriale Amputation, seine Bestra- fung für die Kriegs- und Vernichtungspolitik Hitlers, ferner die Idee einer „ethnischen Flurbe- reinigung“ in Ostmitteleuropa nach dem Vorbild des Friedens von Lausanne 1923.35 Die Schaffung möglichst „ethnisch reiner“ Nationalstaaten sollte verhindern, dass Minderheiten- probleme wieder das machtpolitische Gleichgewicht bedrohen konnten.36 Doch nicht nur die Deutschen wurden Opfer von Vertreibungsmaßnahmen: Ebenso vertrieben wurde auch die verbliebene polnische Minderheit im bisherigen Ostpolen (2,2 von zuletzt 3 Millionen Men- schen)37, alte polnische Kulturzentren wie Wilna und Lemberg verschwanden so aus der pol- nischen Geschichte; hinzu kamen etwa 1,6 bis 2 Millionen weitere polnische „Umsiedler“ aus der übrigen Sowjetunion und 2,2 Millionen Repatrianten aus dem Westen. Zwangsumsied- lungen gab es auch innerhalb des neuen Polen (1,9 Millionen Menschen), da die nun überwie- gend menschenleeren, früher deutschen Gebiete neu besiedelt werden mussten. Die im Lande verbliebenen ca. 1,7 Millionen Deutschen (v.a. in Oberschlesien, wo sie als Arbeiter in der Industrie gebraucht wurden) unterwarf man einer radikalen Polonisierungspolitik; viele von diesen verließen seit den 50er Jahren in mehreren Schüben das Land in Richtung Bundesre- publik.38 In der polnischen Propaganda wurden die bisher deutschen Ostgebiete als „wieder- gewonnene Gebiete“ bezeichnet und damit, getreu der piastischen Ideologie, suggeriert, dass es sich um entfremdete, urpolnische Gebiete handele, die nun dem Mutterland zurückgeführt würden. Zwischen die Fronten gerieten hierbei v.a. Menschen, die in den vormaligen Grenz- gebieten wohnten und weder vollständig zur einen noch zur anderen Ethnie gehörten. So z.B die Masuren in Ostpreußen: Diese sprachen einen polnischen Dialekt, waren aber überwie- gend evangelisch wie ihre deutschen Nachbarn und hatten 1920 bei der Volksabstimmung für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland gestimmt. Sie wurden von den polnischen Behör- den nun vor die Wahl gestellt, entweder das Vertreibungsschicksal der deutschen Ostpreußen zu teilen oder als sogenannte „Autochthone“39 für Polen zu optieren und sich zu assimilieren. Ähnlich erging es den oberschlesischen Schlonsaken und den westpreußischen Kaschuben, aber auch den verbliebenen griechisch-katholischen Ukrainern im polnisch gebliebenen Teil Galiziens.

## Problematische Nachbarschaft und ehrliche Versöhnung – Polen und das geteilte Deutschland 1949 bis 1990/91

Die mentalen Folgen von deutscher Besatzungsherrschaft und Vertreibung begründeten einen tiefen Graben zwischen Deutschen und Polen, der in den folgenden Jahrzehnten nicht oder nur unvollkommen überbrückt werden konnte.40 Dies gilt auch für die DDR, die am 6. Juli 1950 im Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Linie als „endgültige Friedens- und Freundschafts- grenze“ anerkannte; dies geschah von Seiten der SED aus nicht freiwillig, sondern auf Druck der Sowjetunion.41 Nach außen wurde innerhalb des sich bildenden Ostblocks die deutsch- polnische Freundschaft beschworen, doch überdeckten diese Phrasen wie auch die beiden zwischen Polen und der DDR abgeschlossenen Beistands- und Freundschaftsverträge (15. März 1967 und 28. Mai 1977) nur die tiefsitzenden wechselseitigen Ressentiments. Diese brachen in aller Deutlichkeit wieder durch, als Anfang der 1980er Jahre die Entstehung der Gewerkschaft Solidarität das sozialistische System in Frage stellte und die DDR zum schärfs- ten Kritiker der polnischen Führung avancierte. Gegenüber ganz Deutschland verzichtete Po- len 1953 förmlich auf Reparationen; diesen Schritt muss man vor dem Hintergrund der sich vollziehenden Westorientierung der Bundesrepublik sehen, die der Osten durch Zugeständnis- se zu verhindern hoffte. Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1950 den Görlitzer Vertrag verurteilt und strebte bis in die 1960er Jahre hinein offiziell eine zumindest teilweise Revision der Oder-Neiße-Linie an. Derartige Hoffnungen hatten vor dem Hintergrund der erfolgten Sowjetisierung Polens und des eskalierenden Ost-West-Konflikts seit 1946/47 die Westmäch- te in taktischer Absicht geweckt, um auf diese Weise die Westbindung der Westzonen voran- treiben zu können. Zudem forderten die deutschen Vertriebenen, deren Organisationen sich 1958 im „Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ zu- sammenschlossen und die, ähnlich wie die Gewerkschaften, mit über 2,5 Mio. Mitgliedern bis weit in die 60er Jahre hinein eine wichtige Pressure Group im politischen System der frühen Bundesrepublik und in den politischen Parteien darstellten, energisch eine derartige Revisi- onspolitik.42 Das Verhältnis Polens zur Bundesrepublik war in den 1950er und 1960er Jahren

v.a. deshalb schlecht bzw. aufgrund fehlender diplomatischer Beziehungen erst gar nicht vor- handen. Ein häufig übersehener Schritt nach vorne, der leider für beide Länder offenkundig zu früh kam, war 1965 der Brief der polnischen katholischen Bischöfe an ihre deutschen Amts- brüder, der den wichtigen Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ enthielt und damit eindeutig die Hand zur Versöhnung reichte.43 Bemerkenswert war diese Aussage v.a. deshalb, weil die polnische Kirche sich stets und gerade auch unter den Bedingungen der kommunisti- schen Diktatur sich als Hüter der nationalen Tradition Polens begriff. 44 1963 wurde nach lan- gem Ringen die wechselseitige Errichtung von Handelsmissionen in Warschau und Bonn ver-

einbart und damit erstmals Beziehungen auf quasi staatlicher, allerdings unterhalb der offizi- ellen diplomatischen Ebene aufgenommen. Die unsichere Grenzfrage im Westen blieb bis weit in die 1980er Jahre ein Kitt der polnisch-sowjetischen Beziehungen, weil nur Moskau den dauerhaften Bestand der Grenze zu Deutschland machtpolitisch zu garantieren im Stande schien. Die harte Haltung Bonns in Bezug auf die Oder-Neiße-Linie schadete den außenpoliti- schen Interessen der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der beginnenden Entspannungspo- litik jedoch zunehmend, die Grenzfrage wurde immer mehr zur Achillesferse der bundesdeut- schen Außenpolitik. Erst mit dem Abschluss des Warschauer Vertrages am 18. November 1970, in welchem die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Linie für sich, nicht für ganz Deutschland, anerkannte und in der Folgezeit offizielle diplomatische Beziehungen auf- genommen wurden, entkrampfte sich die Situation. Allerdings blieb die aus westdeutscher Sicht völkerrechtlich weiterhin offene Grenzfrage bis zur Wiedervereinigung Deutschlands eine offene Wunde. Helmut Kohl brachte zwar im Zusammenhang mit den Zwei-plus-Vier- Verhandlungen die Grenzfrage noch einmal ins Spiel, doch geschah dies vorrangig aus innen- politischen Gründen und um polnische Reparationsforderungen abzuwehren; im Kern war die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie 1990 keine wirkliche Streit- frage mehr.45 Die deutschen Vertriebenenverbände waren gegen diese „Verzichtspolitik“ ver- geblich Sturm gelaufen, ihr Scheitern in dieser zentralen Frage der Ostpolitik machte schlag- artig bewusst, wie sehr ihr Einfluss in den 1980er Jahren weiter zurückgegangen war.46 Der deutsch-polnische Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 klärte die Grenzfrage völkerrechtlich endgültig, der Vertrag über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zu- sammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 legte die Basis für ein neues versöhntes Verhältnis auf der Basis gemeinsamer Werte und Interessen. Geregelt wurde hierbei auch die Stellung der ver- bliebenen deutschen Minderheit in Polen (ca. 500.000 Menschen), die v.a. in Oberschlesien stark ist und sich seit der Aufhebung der staatlichen Diskriminierung wieder selbstbewusster zeigt.

## Ausblick: Versöhnung auf dem Prüfstand

Dass es, v.a. seit der Jahrtausendwende, immer wieder zu Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis kam, hängt m. E. v.a. damit zusammen, dass die Euphorie der ersten Jahre nach der Überwindung der Blockgrenzen einer gewissen Gewöhnung gewichen ist, die Gegensätze wieder mehr hervortreten lassen. Als Historiker meine ich, dass es notwendig ist, Abschied zu nehmen von rückwärtsgewandten nationalen Mythen, nationalistischen Geschichtsbildern und Traditionen zugunsten einer Rückbesinnung auf die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Kultur. Notwendig ist ferner, dass durch einen ungeschminkten Rückblick in die Vergangen-

heit ohne gegenseitiges Aufrechnen ein dauerhafter Bewusstseinswandel und damit eine echte Versöhnung der Völker erreicht wird. Nicht vordergründige Harmonisierung ist also angesagt, sondern schonungslose Aufklärung, aus der allein gegenseitiges Vertrauen erwachsen kann. Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung zu den deutsch-polnischen Beziehungen in Deutschland und Polen ist diese Forderung bereits seit längerem weitgehend erreicht.47 Hoff- nungsvoll im Hinblick auf die Zukunft stimmt die Tatsache, dass v.a. in den ehemaligen deut- schen Ostgebieten, deren Bewohner (bzw. deren Vorfahren), ja zu einem beträchtlichen Teil selbst Opfer von Vertreibung wurden, ein großes Interesse an der Geschichte ihrer Heimat vor 1945 zu beobachten ist und hierzu gerade auch der Kontakt zu deutschen Partnern gesucht wird. Dies geht einher mit einer Renaissance regionaler Identitäten in Polen, die sich an den historischen Geschichtslandschaften orientieren, deren Vergangenheit heute eben nicht mehr eindimensional als Vorgeschichte der „Wiedervereinigung“ mit Polen 1945 gesehen wird.48 Auf deutscher Seiten wäre zu wünschen, dass derartigen Entwicklungen mehr Interesse ent- gegengebracht wird; häufig kann man den Eindruck gewinnen, dass die erfolgreiche Westbin- dung bei der Mehrheit der Deutschen zu einem Verlust des kulturellen Gedächtnisses in Be- zug auf Mittelosteuropa geführt hat. Insofern wäre gerade für Deutschland eine verstärkte Hinwendung zu Themen der deutsch-polnischen Beziehungen gleichbedeutend mit einer Richtigstellung des historisch-politischen Koordinatensystems. Mit Blick auf die fortschrei- tende europäische Integration, durch die Deutschland seine jahrzehntelange Position als

„Frontstaat“ verloren und unter völlig veränderten Verhältnissen zu seiner traditionellen Mit- tellage zurückgefunden hat, kann eine solche Korrektur im buchstäblichen Sinne „einseitiger“ Sichtweisen nur von Vorteil sein.

# Literaturhinweise

* + Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens, Stuttgart 2003, aktual. u. erw. Aufla- ge. 2008
  + Davies, Norman: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000
  + Hellmann, Manfred: Daten der polnischen Geschichte, München 1985
  + Hryciuk, Grzegorz /Małgorzata Ruchniewicz / Bożena Szaynok / Adrzej Żbikowski (Hgg.), Wysiedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939–1959. Polacy, Żydzi, Niemcy, Ukra- ińcy. Atlas ziem Polski [Aussiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939– 1959. Polen, Juden, Deutsche, Ukrainer. Atlas der Gebiete Polens], Warschau 2008
  + Hryciuk Grzegorz / Małgorzata Ruchniewicz / Bożena Szaynok / Adrzej Żbikowski (Hgg.), Atlas Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung. Ostmitteleuropa 1939– 1959. Polen, Deutsche, Juden, Ukrainer, Warschau 2009 [Lizenzausgabe für die Bun- deszentrale für Politische Bildung, Bonn 2010]
  + Hoensch, Jörg K.: Geschichte Polens, Stuttgart 31998
  + Lukowski, Jerzy und Hubert Zawadzki: A Concise History of Poland, Cambridge 2000
  + Pogoniowski, Iwo Cyprian: Poland. A historical Atlas, New York 1998
  + Rhode, Gotthold: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965
  + Roos, Hans: Geschichte der Polnischen Nation. 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Stuttgart 41986
  + Schmidt-Rösler, Andrea: Polen. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1996
  + Snyder, Timothy: Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011
  + Stickler, Matthias: Entfremdung, Konfrontation, Versöhnung – Die deutsch- polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (1916-1991). In: Polen und Deutschland nach der EU-Osterweiterung. Eine schwierige Partnerschaft. Hg. von Thomas Goll und Thomas Leuerer, Baden-Baden 2005, S. 13-30